

## Bremen tut was - Diskriminierung, Razzien, Flucht und Tod

### Bezüge und Quellen

[http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft\\_artikel.-Debatte-ums-Denkmal-arid.1046218.html#comments](http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-politik-wirtschaft_artikel.-Debatte-ums-Denkmal-arid.1046218.html#comments)  
„Debatte um Denkmal“ Kurier am Sonntag vom 01.02.2015

[http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht/a/msdcx\\_filestore\\_archive/2011/07-27/3a/05/file60p319rm7svldq4dis.jpg](http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-27/3a/05/file60p319rm7svldq4dis.jpg)  
Ertrank Frau in der Ochtum? - 16. Mrz. 1994 | WESER-KURIER | Seite 19

[http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht.php/a/msdcx\\_filestore\\_archive/2011/07-27/d9/32/file60p46e3ug5ejarkgkbb.jpg](http://verlag.weser-kurier.de/plus/archiv/ansicht.php/a/msdcx_filestore_archive/2011/07-27/d9/32/file60p46e3ug5ejarkgkbb.jpg)  
Junge Litauerin löste Razzia in Bordellen aus - 8. Sep. 1994 | WESER-KURIER | Seite 19

<http://www.mvcr.cz/soubor/05a-prostitutionsgesetz-gutachten-1.aspx>  
BMFSFJ, 2007, Renzikowski, Reglementierung von Prostitution ..., RZ 93, S. 45 f

<http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=142894#142894>

Ein weiterer zumindest in Ansätzen vergleichbarer Todesfall unzulässiger staatlicher Gewalt, jedenfalls wenn die heutigen Rechtskriterien herangezogen werden, ereignete sich im März 1994. Damals waren erotische und sexuelle Dienstleistungen dem Berufsverbrechertum gleichgesetzt, galten als sittenwidrig und sozial unwert. Der Wirtschaftszweig unterlag erheblicher polizeilicher Observation. Renzikowski spricht von einem quasi rechtsfreien Raum polizeilichen Handelns. Razzien und Deportationen waren an der Tagesordnung. Auf der Flucht aus dem Polizeigewahrsam kam eine Afrikanerin ums Leben.

Brechmitteleinsatz unter Zwang, so ist heute klar, ist Folter. Die Unterstellung des Berufsverbrechertums, der Sittenwidrigkeit und der sozialen Unwertigkeit erotischer und sexueller Dienstleistungen so ist heute klar, war diskriminierend und stigmatisierend. Auf der Grundlage dieser Unterstellungen konstruierte Bedrohungslagen und so gerechtfertigte Razzien sind aus heutiger Sicht gesetzwidrig (Allgemeines Gleichbehandlungsrecht). Für diese Unrechtshandlungen fehlt eine Aufarbeitung, ein Schuldeingeständnis und eine Entschuldigung verantwortlicher staatlicher Stellen in Bremen.

**"Vieles wurde also getan, um das Schicksal von Condé und anderer Opfer von unzulässiger Polizeigewalt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen."**

Kurier am Sonntag, Bremen, vom 01.02.2015, Seite 8

Sehr geehrte Damen und Herren der Initiative Laye Condé

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Lutz Müller

Sehr geehrte Mitglieder der Bremer Bürgerschaft Klaus Möhle und Matthias Güldner

Sehr geehrter Redakteur des Weser Kurier Herr Jürgen Hinrichs

wir sprechen den Angehörigen und FreundInnen von Laye Condé unsere Anteilnahme aus. Wir unterstützen Ihr Anliegen, einen Gedenkort für Opfer von Polizeigewalt bzw. Folter in Bremen zu etablieren. Wir freuen uns, dass die Initiative in den Wallanlagen mit Ihrer Skulptur eine Andachtsstätte ermöglicht hatte.

Wir möchten Sie an einen anderen Fall von polizeilichem Handeln mit Todesfolge in Bremen erinnern, der sicher auch an dem von Ihnen geschaffenen Gedenkort mitgedacht werden könnte. Das Opfer war, wie auch Laye Condé schwarzer Hautfarbe. Es handelte sich um eine Frau. Sie ging in Bremen ihrer selbstständigen Tätigkeit nach, deren Ausübung ihr aufgrund ihres Aufenthaltsstatus nicht gestattet war. Als weibliche Afrikanerin schwarzer Hautfarbe mit wohl illegalem Aufenthaltsstatus unterlag sie mehrfacher Stigmatisierung und Diskriminierung, was sich im Sinne dessen, was heute unter dem Begriff der Intersektionalität diskutiert wird (<http://de.wikipedia.org/wiki/Intersektionalit%C3%A4t>), gegenseitig verstärkt.

Darüberhinaus war diese Frau im Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen beruflich tätig. Zum Zeitpunkt der Ereignisse war dies in der juristischen Bewertung sittenwidrig, sozial unwert und dem Berufsverbrechertum gleichgesetzt. Eine Bewertung, die aus heutiger Perspektive als zusätzliche unzulässige Stigmatisierung und Diskriminierung betrachtet werden muss. Aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit kam sie in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1994 bei einem Einsatz der Polizei, der im

Schwerpunkt Folgen für Sexarbeiterinnen ohne Erwerbstätigkeitsrecht hatte, auf der Flucht aus Polizeigewahrsam zu Tode. Trotz bereits erfolgtem und vereitelten Fluchtversuch, so der Bericht des Weser-Kurier vom 16. März 1994, gelang ihr am Festnahmeort kurze Zeit nach dem ersten Fluchtversuch eine erneute Flucht, bei der sie versuchte, sich durch einen Sprung in die Ochtum der polizeilichen Verfolgung zu entziehen. Bei diesem Fluchtversuch ertrank sie, wie dem Bericht des Weser-Kurier vom 08. September 1994 zu entnehmen ist.

Der Name der auf ihrer Flucht vor der Inhaftierung und ihrer wahrscheinlich folgenden Abschiebung zu Tode gekommenen Frau ist den Berichten nicht zu entnehmen. Ob es zu einem Ermittlungsverfahren wegen dieses Todesfalles gekommen ist, in dem geklärt wurde, ob es polizeiliches Fehlverhalten oder Fahrlässigkeit gab, ist uns nicht bekannt. Wir bitten Herrn Polizeipräsidenten Lutz Müller in dieser Sache um Auskunft. Wir bitten den Weser-Kurier um Antwort, ob die AutorInnen der o.g. Artikel noch nähere Auskünfte zu dem Vorfall machen können. Wir bedauern es, dass der Weser-Kurier es nicht ermöglicht hat, seinen in der Online-Ausgabe veröffentlichten Bericht, auf den wir uns hier beziehen, zu kommentieren.

Wir halten einen Gedenkort, wie Sie von der Initiative Laye Condé ihn wünschen und wie er in ihrer Skulptur versinnbildlicht wird, für erforderlich. Wir denken, dass der Tod der Afrikanerin, die polizeilicher Verfolgung wegen ihrer Erwerbstätigkeit im Bereich der erotischen und sexuellen Dienstleistungen unterlag, ebenfalls der Erinnerung bedarf. Soweit wir wissen, war sie zwar keinen polizeilichen Handlungen ausgesetzt, die in späterer Bewertung als Methoden der Folter zu bezeichnen sind. Ihr Tod, so kann angenommen werden, ist aber Folge eines stigmatisierenden und diskriminierenden staatlichen Umganges mit Menschen, die im Feld der erotischen und sexuellen Dienstleistungen tätig waren, deren Verhalten als sittenwidrig, sozial unwert und dem Berufsverbrechertum ähnelnd bewertet wurde und die deswegen besonderer, in einem quasi rechtsfreien Raum sich ereignender polizeilicher Tätigkeit (Renzikowski, Gutachten des BMFSFJ) unterlagen.

Ebenso wie das Folterverdict heute die Methode der Brechmittelzuführung unter Zwang trifft, ist seit 2002 der Vorwurf der sozialen Unwertigkeit, der Sittenwidrigkeit oder der Vergleich mit dem Berufsverbrechertum, der gegenüber den erotischen und sexuellen Dienstleistungen bis 2002 galt, durch das Anfang 2002 in Kraft getretene Prostitutionsgesetz rechtlich unzulässig. In der Bewertung sind staatliche und mithin polizeiliche Handlungen, die auf der Grundlage angenommener Sittenwidrigkeit, sozialen Unwertigkeit, bzw. Ähnlichkeit zum Berufsverbrechertum gegen erotische und sexuell Dienstleistende erfolgten, aus der heutigen Sicht Unrechtshandlungen.

Ob die bis 2005 praktizierte massenhafte Deportationspraxis von Frauen, die ohne Erwerbstätigkeitsrecht in Deutschland als Sexarbeiterinnen tätig waren, angesichts der heute gültigen EU Freizügigkeit, angesichts der weltweiten Fluchtbewegungen, angesichts eines erstarkenden Rassismus und Neofaschismus einem weltoffenen menschenrechtsbasierten staatlichem Handeln entsprechen, kann gut begründet in Frage gestellt werden. Rückblickend handelt es sich bei den polizeilichen Razzien, die den beabsichtigten und vollzogenen Frauen-Deportationen vorausgingen, um staatliches Handeln, das den heutigen rechtlichen Standards und zwischenstaatlichen Vereinbarungen in der EU aber auch den Vereinbarungen auf UN Ebene widerspricht.

Aus der heutigen Sicht ist damaligen Opfern bei menschenrechtlich fragwürdigen, auf Diskriminierung beruhenden Razzien staatlich veranlasst Unrecht widerfahren. In Bremen hat dieses Unrecht, so scheint es der Fall gewesen zu sein, das Leben einer Frau gekostet, der zuvor bereits in vielfacher Form die Anerkennung als Mensch von gleicher und unteilbarer Würde vorenthalten worden war.

Mit freundlichen Grüßen

**Lara Freudmann**  
**Klaus Fricke**